

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Oliver Gerriets
Ausschussmitglied Michael Kunze
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Björn Heinisch
Ausschussvorsitzende Christine Will

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ausschussmitglied Peter Sokolowski

Mitglied Gruppe UWG Wilhelmshaven/Ober-Bloibaum

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Grundmandat Helga Weinstock

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart
Stimmberechtigter Sachverständiger Frank Hansmann

Arbeitnehmersvertreter

Stimmberechtigter Sachverständiger Günter Wagner

Lehrersvertreter

Vertreter Bernhard Opitz

Vertreterin der Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge

Jugendparlament

Matthew von Fintel

Verwaltung

Herr Feist
Herr Mertens
Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 4.12.14
 - 2.1 Verpflichtung der Vertreter des Stadtelterrates
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
 - 3.1 Begrüßung des Vertreters des Jugendparlamentes
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Informationen durch die katholische Grundschule St. Martin
 - 4.2 Informationen zur Schulsozialarbeit in Wilhelmshaven
 - 4.3 Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket
 - 4.4 Mitteilung zum Sachstand des Paktes für regionale Bildung
 - 4.5 Schulentwicklungsplanung
 - 4.6 Unterrichtsversorgung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Will**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 4.12.14

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 4.12.14 wurde nicht genehmigt. **Herr Sokolowski** forderte die ausführlichere Protokollierung der in der damaligen Sitzung umfangreich besprochenen Schulsozialarbeit. **Frau Will** bat Herrn Hofmann um entsprechende Protokollierung.

2.1 Verpflichtung der Vertreter des Stadtelterrates

Von **Frau Will** wurden durch Handschlag die neuen Vertreter des Stadtelterrates – **Herr Burkhardt** und **Herr Hansmann** – nach § 60 NKomVG verpflichtet.

3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Genehmigung der Tagesordnung erfolgte einstimmig. **Herr Sokolowski** forderte noch dazu auf, dass mit Blick auf die aktuelle Haushaltssituation heute die evtl. Auswirkungen auf die Schulentwicklungsplanung besprochen werden müssen. So müsse geklärt werden, welche schulischen Angelegenheiten von der Haushalts-sperre betroffen sind und ob der Zeitplan der Schulentwicklungsplanung noch realistisch ist.

3.1 Begrüßung des Vertreters des Jugendparlamentes

Das Jugendparlament wählte am 15.1.15 einen neuen Vorstand. **Frau Will** begrüßte herzlich mit **Matthew von Fintel** den neuen Vertreter des Jugendparlamentes für den Schulausschuss.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Informationen durch die katholische Grundschule St. Martin

Frau Kindel, Schulleiterin der katholischen Grundschule St. Martin, berichtete ausführlich über ihre seit nun 4 ½ Jahren bestehende Schule. Sie ging dabei auf Ihre Schülerschaft (zzt. 157 Kinder in acht Klassen, durchgängig zweizügig) und die Räumlichkeiten des Schulgebäudes ein. Sie führte aus, dass eine Aula fehle und stellte anhand eines Planes Ihre Wünsche zur Schulhofgestaltung vor. So wünscht sie u. a. ein neues Spielgerät und eine umfangreichere Bepflanzung des Schulhofes vor dem Schulgebäude.

Frau Kindel beklagte die Verkehrssituation in der Oldeogestraße: Morgens und mittags würde eine Vielzahl von elterlichen Pkw's zu einer sehr unglücklichen Park- und Abholsituation in der engen Straße, insbesondere bei der Schulbushaltestelle, führen. Ihre Schilderungen und ihr Vorschlag zur Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung führten zu einer angeregten Diskussion. So gab **Herr Feist** an, dass die Schule die Verfügungseinheit der Polizei in Anspruch nehmen könne. **Matthew von Fintel** verwies auf Pilotprojekte in den Niederlanden, bei denen auf Straßen vor Schulen zeitweise Barrieren die Durchfahrt verhindern und so unübersichtliche Verkehrslagen ausgeschlossen werden. **Herr Möhle** und **Herr Kunze** gaben übereinstimmend an, dass oft auch an anderen Schulstandorten schwierige Verkehrssituationen durch das Abhol- und Parkverhalten einiger Eltern herrsche. **Herr Hansmann** berichtete von der Schwierigkeit, einen Teil der Elternschaft zu diesem Thema zu sensibilisieren, obwohl diese Problematik häufig z. B. bei Schülternratssitzungen angesprochen werde.

Frau Kindel erklärte im weiteren Vortrag, dass auf Grund fehlender Drainage eine Nutzung des Gartens hinter dem Schulgebäude oft nur eingeschränkt möglich sei. **Herr Mertens** wies auf die begonnenen Überlegungen zur besseren Schulhofgestaltung hin: Zunächst werde ein abgebautes Spielgerät ausgetauscht und entsprechend der finanziellen Möglichkeiten werde dann die Schulhofgestaltung in Angriff genommen. Auf die Nachfrage von **Herrn Hansmann** gab er an, dass für die Grundschulen ein Konzept zur Schulhofgestaltung entwickelt werde. Ob solche Konzepte auch für die Oberschulen entwickelt werden, wünschte **Herr Sokolowski** zu wissen, woraufhin **Herr Mertens** angab, dass dies für alle Schulen folgen müsse.

Auf den Plan der Grundschule St. Martin zur Schulhofgestaltung wird verwiesen (siehe Anlage „SchulhofGSStMartin“).

4.2 Informationen zur Schulsozialarbeit in Wilhelmshaven

Zur Schulsozialarbeit an den Wilhelmshavener Schulen trug **Herr Feist** ausführlich vor. Er verwies dabei zunächst auf die vor acht Jahren begonnenen Überlegungen, in Wilhelmshaven kommunale Schulsozialarbeit zu machen, und die Verwirklichung in mehreren Schritten. Anschließend stellte er die Versorgung an den Grundschulen und in der Sekundarstufe vor. Darauf folgend erklärte **Herr Feist** das Netzwerk der Schulsozialarbeit und den Auftrag und die Beratungsfunktion des Teams SUSI (Systemische Unterstützung Schulischer Sozialarbeit), welches – basierend auf einem Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt - aus drei Sozialpädagogen und drei Lehrerstellen mit sonderpädagogischer Qualifikation besteht. Er vermittelte auch die weiteren Projekte der Schulsozialarbeit und auch die vielen Hausaufgabenprojekte im Grundschulbereich. Als Wirkung der Schulsozialarbeit sind die Zahlen der Schulverweigerer gesunken: in 2012 lagen noch 141 Fälle vor, während die Fallzahl in 2013 auf 78 und in 2014 auf 54 sank. Auch auf die großen „Baustellen“, wie z. B. die Inklusion und die ansteigende Migration sowie die schwierige Erreichbarkeit der Landesschulbehörde auf Grund der Zentralisierung in Oldenburg wies **Herr Feist** hin. Er forderte eine bessere Ansprechbarkeit und Prä-

senz der Landesschulbehörde vor Ort. Diese Forderung fand einhellig Zustimmung.

Herr Kunze fürchtet, dass die Zeit, welche den SchulsozialarbeiterInnen pro Klasse zur Verfügung steht, zu gering ist. **Herr Sokolowski** wünscht die Gesamtbetrachtung des Systems, damit es den Ansprüchen gerecht werden kann. Er geht davon aus, dass weiteres Personal für die Schulsozialarbeit benötigt wird. **Herr Möhle** wies auf den Antrag der niedersächsischen CDU-Fraktion hin, durch das Land Niedersachsen höhere finanzielle Mittel für die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen und teilte mit, dass zunächst die Landesregierung nur eine Bestandsaufnahme durchführen lassen will. Anschließend äußerte **Herr Möhle** die Sorge, dass die Hausaufgabenprojekte nicht wie empfohlen besucht werden. **Herr Feist** erwiderte, dass Elterngespräche und Anwesenheitskontrolle stattfinden und so eine verbindliche und kontinuierliche Teilnahme an den Hausaufgabenprojekten gewährleistet sei.

Auf die Anlage „Schulsozialarbeit_05032015“ wird verwiesen.

4.3 Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket

Umfangreiche Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket gab **Herr Feist**.

Seinen Vortrag begann **Herr Feist** mit dem Hinweis auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, den Gesetzgeber aufzufordern, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Kinder aus wirtschaftlich nicht gut gestellten Familien die gleichen Bildungschancen erhalten. Er hob dabei das einfache Antragsverfahren und die Kostentragung durch den Bund hervor. **Herr Feist** führte die umfangreichen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und die damit verbundenen finanziellen Mittel auf. Weiteren Reformbedarf sieht **Herr Feist** insbesondere bei der Lernförderung und der Selbstbeteiligung.

Herr Möhle dankte anschließend den ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen und den Lehrkräften an den Schulen, die im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket hohes Engagement zeigen.

Hinzu wird auf die Anlage „Bericht_BuT_05032015“ verwiesen.

4.4 Mitteilung zum Sachstand des Paktes für regionale Bildung

Zum Pakt für regionale Bildung teilte **Herr Mertens** den aktuellen Sachstand mit.

Herr Mertens verwies zunächst auf die Sitzungen des Regionalen Bildungsrates vom 16.12.14 und 24.02.15 und nannte mit AWW, IHK, Kreishandwerkerschaft, den BBS'en Jever, Varel und Wilhelmshaven sowie dem Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven die Teilnehmer. Bei den Sitzungen findet ein konstruktiver Austausch über die bestehenden und zukünftigen BBS-Bildungsangebote statt. In den Sitzungen erfolgte die Abstimmung über das Angebot einzelner Bildungsgänge. Zzt. sieht kein Teilnehmer Anpassungsbedarf. Alle offenen Fragen zu einzelnen Bildungsgängen konnten beantwortet werden. Das nächste Treffen des Regionalen Bildungsrates gab **Herr Mertens** an, solle im Frühjahr 2016 folgen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Möhle** zur Anlage des Paktes für regionale Bildung antwortete **Herr Feist**, dass in der aktuellen Version des Paktes keine Anlage mehr Bestandteil des Paktes ist und so auch vom Rat beschlossen wurde.

Auf die Anlage „Schulformen_2014,, wird hingewiesen.

4.5 Schulentwicklungsplanung

Von **Herrn Sokolowski** wurde mit Blick auf die derzeitige Haushaltslage Sorge um die Schulentwicklungsplanung geäußert. **Herr Feist** teilte mit, dass alle vertraglichen und rechtlichen Verpflichtungen erfüllt werden. So würden z. B. bei der Grundschule Mühlenweg alle Gewerke aus 2014 abgearbeitet. Das Abwarten der Entscheidung zum Haushalt sei nötig, weshalb zzt. noch keine Aussage zur evtl. zeitlichen Verzögerung an der Grundschule Mühlenweg getätigt werden könne.

4.6 Unterrichtsversorgung

Von **Herrn Möhle** wurde die Unterrichtsversorgung an den Wilhelmshavener Schulen angesprochen. Er führte aus, dass an den Wilhelmshavener Schulen die Unterrichtsversorgung durchschnittlich bei 99,6 % liege, wobei sich für die Grundschulen ca. 100 % und für die Oberschulen Nord und Stadtmitte nur ca. 90 % ergeben. Ihn überrasche dabei sehr die Oberschule Franziskusschule mit einer Versorgung von ca. 132 %.